**Ingelheimer Wochenblatt
Redaktion
Lärchenweg 4**

55218 Ingelheim

Vorsitz: Ingo Ostwald
Anschrift: [REDACTED]
Telefon: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
Homepage: [REDACTED]
e-Mail: [REDACTED]

Leserbrief

Ingelheim, den 21.08.2000

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns sehr freuen, wenn Sie nachfolgende Stellungnahme möglichst zeitnah in einer Ihrer nächsten Ausgaben veröffentlichen würden.

Unverständliche Ignoranz

Der Fraktionsvorsitzende der Ingelheimer SPD, Werner Kappesser, äußerte kürzlich in der Presse sein Unverständnis gegenüber der Ablehnung der Parkgebühren seitens der Jusos. Im Gegensatz zur eigenen Partei stehen sowohl Bürger als auch Gewerbetreibende hinter den Jusos, wenn sie die Befürchtung äußern, dass die Kunden auf die grüne Wiese oder in andere Städte abwandern werden, weil die Innenstadt wenig attraktiv ist und ihr ein Magnetbetrieb fehlt, wenn sie von der zusätzlichen Belastung der Anwohner und der in der Innenstadt Arbeitenden sprechen oder wenn sie betonen, dass es den Öffentlichen Personennahverkehr sicher nicht attraktiver macht, wenn die, die mit dem Auto anfahren (müssen), zusätzlich zur teuren Fahrkarte Parkgebühren zahlen müssen. Dass andere Städte ihre Parkgebühren wieder senken oder gar abschaffen, spricht für sich. Selbst innerhalb der Parteien mehren sich die Stimmen gegen die geplante Regelung, ein entsprechender Brief eines bekannten SPD-Politikers an die Fraktion dürfte auch Herrn Kappesser nicht entgangen sein. Schade auch, dass nicht einmal mehr die ursprünglich von der SPD vorgeschlagene kostenlose erste halbe Stunde im Gespräch ist - in anderen Städten wird dies nämlich praktiziert!

Vor diesem Hintergrund ist es nicht unverständlich, Parkgebühren abzulehnen, unverständlich ist vielmehr die Ignoranz von Politik und Verwaltung gegenüber den Bürgern und den Gewerbetreibenden. Noch unverständlicher, dass die Bürger nicht wirklich beteiligt wurden: Zwar gab es eine Einwohnerversammlung, dort äußerte die Verwaltung jedoch explizit, dass es nicht mehr darum gehe, ob Parkgebühren eingeführt würden, sondern nur in welcher Form. Kaum zu glauben, dass die gleiche Verwaltung und gleichen Politiker sich für die Lokale Agenda 21 aussprechen, würde doch eine Umsetzung dieser eine stärkere Bürgerbeteiligung erfordern - und das ist (unverständlicherweise) doch gar nicht erwünscht!

Ingo Ostwald, Vorsitzender der Juso-AG Ingelheim und Umgebung, [REDACTED], Ingelheim

Für eventuelle Rückfragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,